



Zur Renaissance der Stadt-Land-Partnerschaft im Zeichen von Good Regional Governance

Festvortrag
27. Oktober 2010

O. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel

TUM Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung,
Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und
der Arge aller deutschen Akademien Ländlicher Raum

Mitglied des Landesplanungsbeirats Bayern und des Nationalen Beirats für Raumentwicklung



Künftige urbane Probleme

Städte in der entwickelten Welt stehen vor 4 großen Herausforderungen:

1. Verbesserung der physischen Lebensqualität (Luft, Wasser, Lärm)
2. Anpassung an langsames oder gar Null Bevölkerungswachstum
3. Anpassung an Energiekrise (welcher Energiemix in individual cities and **urban regions**: nuclear, solar, wind, geothermal...)
4. Planung von alternativen Formen und Typen von Siedlungen/Baugebieten (in downtown, **suburbs** or **exurban**(!!!!) areas)

Von Stadt-Land-Partnerschaft explizit keine Rede!

Statt dessen ist von urban primacy als ökonomische und politische Herausforderung die Rede.

Aber:



Expojahr 2000: Weltkonferenzen Urban 21
und Rural 21 in Berlin und Potsdam:

Beschwörung der Auflösung der Dichotomie
zwischen Stadt und Land. Stattdessen Appell
für Stadt-Land-Partnerschaften (so z.B. Prof.
Klaus Töpfer)

EUREK und Territoriale Agenda gehen von Zentren, Metropolräumen, Netzwerken, Wettbewerbsfähigkeit von Räumen und Standorten und funktionierender Infrastruktur etc. für unsere städtischen **und** ländlichen Räume aus

OECD und EU Kommission fordern zu raumbezogenem statt sektoralem Handeln auf:

- OECD „New Rural Paradigm. Politics and Governance“: space based sowie horizontal und vertikal vernetzt!!!
- EU Regionalentwicklungskommissarin bestellt Barca Report: place based ist das neue Handlungsparadigma!

- EU Kommissar (z.B für Ländliche Entwicklung) und deutsche Bundesregierung (Aigner und Ramsauer) propagieren interkommunale Zusammenarbeit zwischen zentralen Orten /Städten und ländlichem Umfeld und damit die Stadt-Land-Partnerschaft!!! Es gibt keine Gegnerschaft mehr - das sollte auch für die kommunalen Spitzenverbände gelten.
- Die demographische und strukturelle Entwicklung zwingt zur Zusammenarbeit und zur Abstimmung, Aufteilung und gemeinsamen (Aus-) Nutzung vorhandener Infrastruktur. Nicht mehr alles kann in jedem Ort vorgehalten werden.

- Zentrale Orte werden damit wieder in ihrer Zentralität anerkannt.
- Was aber, wenn es zu viele zentrale Orte gibt?

Das ist zur Zeit ein Problem der Landesplanung!!!



Staatssekretärin Katja Hessel:
> Die Europäische Metropolregion Nürnberg ist ein eindrucksvolles Beispiel für eine gelungene Kooperation von ländlichem Raum und Ballungsgebiet. Dort arbeiten der Verdichtungsraum Nürnberg und weiter entfernt liegende ländliche Regionen auf Augenhöhe zusammen.



OB Nürnberg Dr. Ulrich Maly:
> Die erfolgreichen Projekte in der Metropolregion Nürnberg lassen sich mit dem Dreisatz „Arbeiten, kooperieren und Vertrauen bilden!“ beschreiben



Metropolregionen brauchen Stadt-Land-Partnerschaft

Intensivierung der Stadt-Land-Partnerschaft ist erklärtes Ziel der Metropolregion München



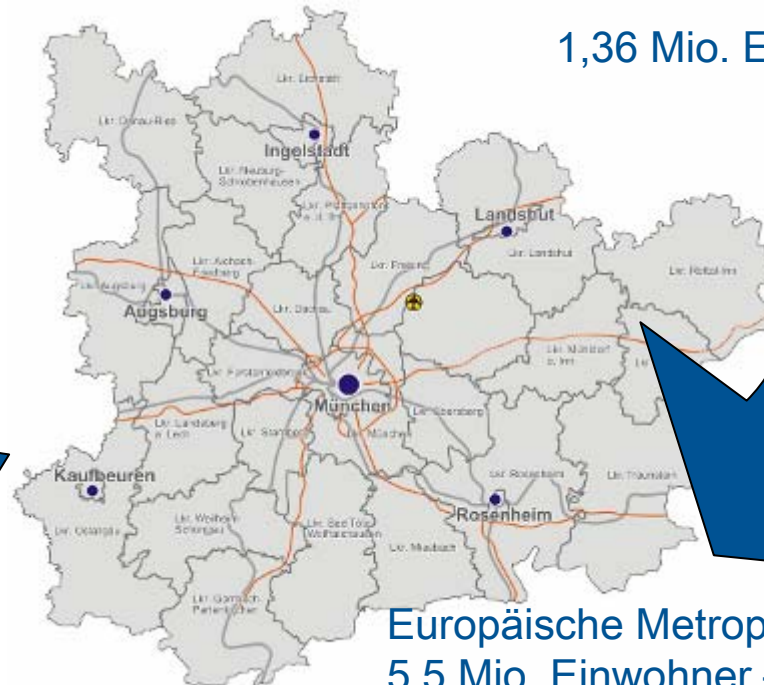
Apfeldorf

1087 Einwohner



München

1,36 Mio. Einwohner



Europäische Metropolregion München
5,5 Mio. Einwohner – Jeder 15. Deutsche

Landesplanung und Landesentwicklung auf dem Prüfstand!

Bayerische Akademie
Ländlicher
Raum
(ALR)

Akademie für
Raumforschung und
Landesplanung (ARL),
Landesarbeitsgemeinschaft
Bayern

Deutsche Akademie für
Städtebau und
Landesplanung (DASL),
Landesgruppe Bayern

Mit Unterstützung von:
Bayerischer Landesverein für Heimatpflege und
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), Regionalgruppe Bayern

26. Oktober 2010 in München

Einladung

Die aktuelle Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes sowie die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern bieten die Chance und zugleich Notwendigkeit für einen Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Es gilt die Leitplanken für aktuelle Herausforderungen aufzunehmen, aber auch bisherige Vorstellungen und Definitionen auf den Prüfstand zu stellen.

Neben Anzahl der Zentralen Orte gibt es noch einen viel größeren Streitpunkt:

Das ist die Regionalplanung!!!

Was hat die Regionalplanung falsch gemacht, dass sie bei bestimmten Politikern so in der Kritik steht???

- Ist sie in Bayern der Prototyp für nachhaltiges Planen und Entscheiden auf kommunaler Ebene oder ist sie nur ein Kuhhandel nach dem Motto „Tust Du mir nicht weh , tu auch ich Dir nicht weh und stimme bei Dir auch positiv ab?“
- Entspricht unsere Regionalplanung nicht den Anforderungen an Good Governance auf räumlicher Ebene ?
- Kann sie alle Probleme so lösen, dass es kein „Stuttgart 21“ gibt?

Streitpunkt „Stuttgart 21“ – Teil eines
infrastrukturellen europäischen und nationalen
Netzwerks

„Stuttgart 21“: Klassisches Government Modell trotz
vieler Planungen und Abstimmungen und
Planungsverband Region Stuttgart?



Süddeutsche Zeitung

Bahnchef Rüdiger Grube, 3.10.:

„Ein Widerstandsrecht gegen einen Bahnhofsbaubau gibt es nicht“

„Bei uns entscheiden Parlamente, niemand sonst. Unsere frei gewählten Volksvertreter haben das Dutzende Mal getan: im Bund, im Land, in Stadt und Region.“

Trotz parlamentarischer und rechtsstaatlicher Prozesse sieht sich eine Großzahl der Bürger nicht ausreichend eingebunden und berücksichtigt.

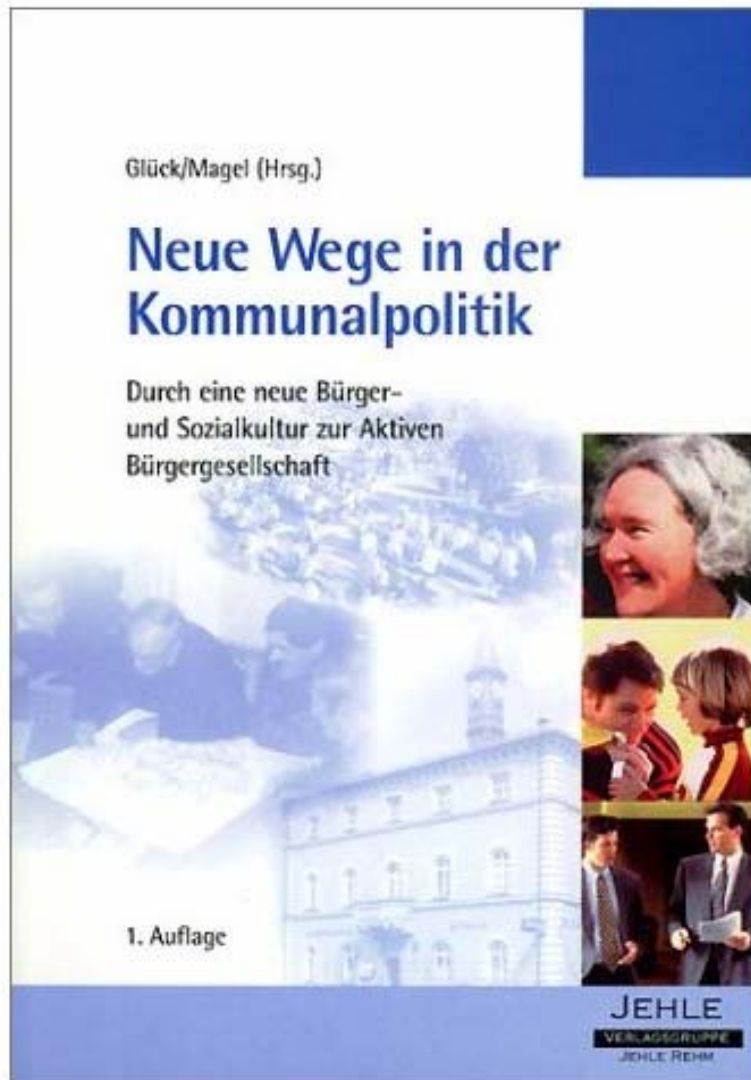
SPIEGEL ONLINE

17.10.

Geißler wettet gegen Basta-Politik

„Der im Streit um Stuttgart 21 als Schlichter eingesetzte frühere CDU-Generalsekretär kritisierte die Entscheidungsprozesse bei dem milliardenteuren Bahn-Projekt. **„Die Schlichtung ist ein deutliches Signal dafür, dass in Deutschland die Zeit der Basta-Entscheidungen vorbei ist“**, so Geißler.

- „Stuttgart 21“: Beginn einer planerischen und diskursiven Zeitenwende?
- Steht „Stuttgart 21“ für den Durchbruch weg von Government und hin zu Governance?
- Ist es kein Tabubruch mehr, von Grenzen der repräsentativen Demokratie zu sprechen?
- Sollten wir nicht längst darauf vorbereitet sein durch Diskussionen über Aktive Bürgergesellschaft und neue Verantwortungsgemeinschaften? Oder war das nur Rhetorik?



Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft!!

Der Städtetags – und der Gemeindetagspräsident sprechen in diesem Buch jeweils von Nachhaltiger Bürgerkommune!

Wird Regieren schwieriger und Opponieren leichter?

Die Herausforderungen und die Ansprüche der Menschen werden komplexer und zwingen zum Handeln und nicht zum Stillstand.

Die Folge: Konflikte nehmen zu

....Oder strapazieren großstädtische
Negativinfrastruktur (Deponien; Stichwort
Nordallianz) und nun immer mehr flächen-
und standortwirksame Windkraftanlagen die
regionale Zusammenarbeit und Stadt-Land
Partnerschaft?

Kommentar

Don Quijote lässt grüßen

Von Christiane Funke

Fünf alternative Standorte für Windräder hat der Gutachter auf Garchinger Flur ermittelt und alle haben einen Haken, schließlich ist auch bei dem einzig akzeptablen Areal mit Widerstand aus dem Landkreis Freising zu rechnen. Das Ergebnis dürfte Garchings Stadträten entgegenkommen. Betrachten sie doch das Ansinnen des großen Nachbarn München als nicht zu tolerierenden Eingriff in ihre Planungshoheit. In der Tat stellt sich die Frage, warum die Stadtwerke München (SWM) nicht erst einmal auf Münchner Flur nach geeigneten Arealen suchen. Die neuen Pläne für nicht mehr nur einen, sondern zwei Standorte auf dem Müllberg in Freimann deuten immerhin auf ein Umdenken hin. Verständlich ist auch der Gegenwind aus Garching hinsichtlich der Standorte, welche die SWM ursprünglich ins Auge gefasst haben. Dort möchten die Politiker das Zeppelin-Projekt realisieren und das will man sich nicht torpedieren lassen.

Sollte sich der alternative Standort für ein Kraftwerk im Norden Garchings als geeignet erweisen – auch mit Blick auf die Windgeschwindigkeiten – und sollten sich die SWM für dieses Areal entscheiden, kann sich die Stadt Garching andersseits wohl kaum dagegen wehren. Zumindest nicht, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Schließlich hat der Stadtrat erst kürzlich ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept beschlossen. Und der Klimawandel macht bekanntlich nicht vor Stadtgrenzen Halt, kleinteiliges Denken ist schon lange obsolet, globale Strategien sind angesagt.

Das diffuse Unbehagen mancher Stadträte gegenüber Windenergie lässt aufhorchen, zumal ein ähnlicher Protest kaum zu hören ist, wenn es – wie kürzlich – etwa um die Verlängerung des Einsatzes von hoch angereichertem Uran im Forschungsreaktor geht. Manch einer fühlt sich da an den Kampf von Cervantes' Antihelden Don Quijote erinnert. Der hat unerbittlich gegen harmlose Windmühlen gefochten, da er sie für gefährliche Riesen hielt.

Von Christiane Funke

Garching – Im Zwist zwischen Garching und München um drei neue Windkraftwerke im Norden der Landeshauptstadt bahnt sich eine Wende an. Seit Sommer diesen Jahres wollen die Stadtwerke München (SWM) drei Standorte für Windräder prüfen lassen, im Blick waren zunächst zwei Areale auf Garchinger Flur, die der Stadt München gehören, und einer auf dem neuen Müllberg in Freimann. Nach Bekanntwerden der Pläne bekamen die SWM kräftigen Gegenwind aus Garching. Die dortigen Politiker wünschen sich keine rotierenden Windräder, sondern eine Zeppelin-Wissenswelt samt Hangar und Luftschiff-Betrieb auf dem Areal. Auf Nachfrage der SZ teilten die SWM nun mit, dass sie die Genehmigung für zwei Standorte am Müllberg beantragen wollen, soweit die Untersuchungen positiv abgeschlossen werden können. Ob nun auf Garchinger Flur nur noch ein Standort geprüft wird, war nicht zu erfahren.

„Ich kann nicht einsehen, dass jemand Energie auf unserem Grund gewinnt.“

Im Kampf gegen die ungeliebten Windräder ist Garching derweil selbst aktiv geworden und hat einen Gutachter beauftragt, alternative Standorte auszuweisen. Das beauftragte Teambüro Markert hat fünf potentielle Areale für Windräder auf Garchinger Flur aufgezeigt, von denen aber voraussichtlich nur eins wirklich geeignet ist. Der Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, den Flächennutzungsplan „Ausweisung Konzentrationsflächen Windkraftanlage“ zu ändern. Basis dafür soll die Expertise des Teambüros Markert sein.

Da es sich bei dem Projekt der SWM um ein privilegiertes Vorhaben im Außenbereich handelt, können die Stadträte dieses nicht einfach ablehnen, sondern müssen ein Konzept mit Alternativstandorten anbieten. Als Kartengrundlage diente den Gutachtern der Vorentwurf für einen neuen Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2007. Sie berücksichtigten verschiedene Ausschlusskriterien wie et-

Windräder erzeugen Gegenwind

Der von Garching beauftragte Gutachter zeigt alternative Standorte zu den Münchner Plänen auf – Von fünf Flächen wahrscheinlich nur eine geeignet



Auf dem Fröttmaninger Berg steht bereits eine Windkraftanlage der Münchner Stadtwerke. Unser Bild zeigt den Austausch der Rotorblätter an dem Windrad, das von Gegnern als Landschaftsveränderung empfunden wird.
Foto: Robert Haas

wa den Natur- und Denkmalschutz und Siedlungen. Übrig blieben fünf potentielle Areale, die laut Peter Markert zwischen 2000 Quadratmeter und 18 Hektar groß sind. Die Stadt will mit allen Standorten ins Verfahren gehen und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einholen. Dass mindestens vier Standorte einen Haken haben, war den Ausführungen des Gutachters zu entnehmen. Einer scheidet vermutlich wegen seiner geringen Größe aus. Ein weiterer würde in der Anflugzone für Luftschiffe liegen, falls das Projekt der Zeppelin-Gruppe realisiert wird. Zwei Flächen könnten sich wegen ihrer Nähe zu Fau-

na-Flora-Habitat (FFH)-Gebieten als problematisch erweisen. Als voraussichtlich einzig geeignetes und größtes Gebiet wurde ein Areal zwischen der Autobahn und der B 11 an der unmittelbaren Stadtgrenze zu Eching eruiert. „Natürlich könnte es passieren, dass Eching Widerspruch einlegt“, gab Zweiter Bürgermeister Peter Riedl (Unabhängige Garchinger) bereits im Planungsausschuss am Dienstag zu bedenken.

Mit dem Standort könne sie sich noch am ehesten anfreunden, sagte Bürgermeisterin Hannelore Gabor (CSU) der Süddeutschen Zeitung. Aus ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Windkraft-

anlagen, die sie als „optische“ Umweltverschmutzung bezeichnete, machte sie aber keinen Hehl. Die Stadt sollte sich mit „solchen riesigen Windrädern nicht eine Technik aufladen, die vielleicht in drei Jahren überholt ist“, forderte die Bürgermeisterin. Wie die Mehrheit der Stadträte sieht sie das Ansinnen des großen Nachbarn auch als inakzeptablen Eingriff in die eigene Planungshoheit: „Ich kann nicht einsehen, dass jemand seine Energie auf unserem Grund und Boden gewinnt.“ Einen Widerspruch zu dem ambitionierten Klimaschutzkonzept der Stadt sieht Gabor in ihrer Haltung nicht. Die Stadt setze eher auf Bio-

masse, Geothermie und Photovoltaik. Gegenwind kommt selbst von den Garchinger Grünen. „Ich glaube, dass es Gebiete gibt, in denen mehr Wind weht“, sagte Hans-Peter Adolf (Bündnis 90/Die Grünen). Auf Garchinger Stadtgebiet liegt die durchschnittliche Windgeschwindigkeit in 80 Metern Höhe dem Gutachter zufolge überwiegend bei 4,6 bis 4,8 Metern pro Sekunde. Diese Werte würden nach dem Bayerischem Windatlas auch in einer Höhe von 140 Metern gelten. Es sei aber davon auszugehen, dass eine Windkraftanlage erst ab einer Windgeschwindigkeit von 5,2 Metern pro Sekunde wirtschaftlich arbeite.



„Der Wind weht stärker“
 Fachtagung zur
 Windenergie
 am 18. November 2010

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
 Oberanger 32, 80331 München



Bayerische Akademie
 Ländlicher Raum e.V.



Einführung

9.30 bis 9.40 Uhr

Begrüßung und Einführung

Dr. Jürgen Busse

Vizepräsident der Bayerischen Akademie
 Ländlicher Raum e.V.

9.40 bis 10.10 Uhr

Die Rolle der Windenergie im Energiekonzept
 der Bundesregierung

Josef Göppel, MdB

Umweltobmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Profitieren Umland- und Zuzugsgemeinden
unverhältnismäßig von Wohn –und
Gewerbebaulandknappheit und hohen Preisen
der Metropole?

Süddeutsche Zeitung

30.9.2010: Die Stadt und ihr Umkreis – hier herrscht eine klare Win-Win-Situation



Ude: Dass sich in Unterföhring und Ismaning so viele Firmen ansiedeln, liegt wohl „nicht nur am urbanen Flair der dortigen Gewerbegebiete“

Dann nähern wir uns ja der idealistischen
Vorstellung von Ambrogio Lorenzetti aus dem
14.Jhdt!!



Ambrogio Lorenzetti. *Allegory of Good Government: Effects of Good Government in the City.*

1338-40. Fresco. Palazzo Pubblico, Siena, Italy.

Source: Web Gallery of Art:
<http://www.wga.hu/index.html>



Ambrogio Lorenzetti. *Allegory of Good Government: Effects of Good Government in the Country.*
1337-40. Fresco. Palazzo Publico, Siena, Italy.

Source: Web Gallery of Art:
<http://www.wga.hu/index.html>

Steht der PV für Stadt Land Partnerschaft und Good Government im Sinne von Lorenzetti?

60 Jahre Planungsverband

60 Jahre Diskussionen

60 Jahre Kooperationen

60 Jahre Planungs- und Überzeugungsarbeit

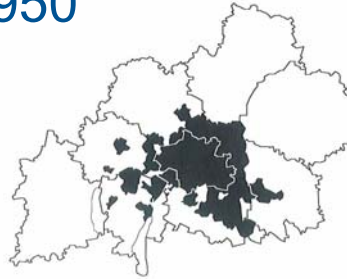
60 Jahre Freiwilligkeit

60 Jahre Kommunale Selbsthilfe

... und kein bisschen müde!



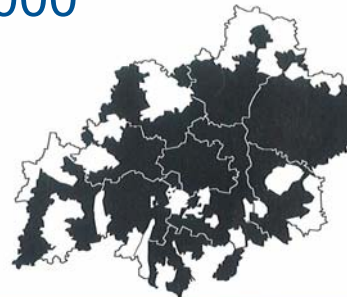
1950



Weitsichtiger Gründungsgedanke

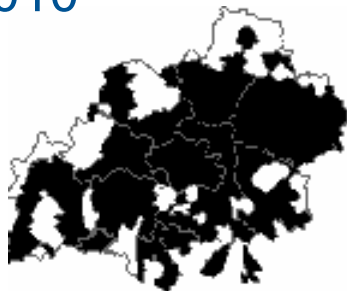
Der Versuch, einen Ausgleich zwischen örtlichen und überörtlichen Interessen zu finden – Pionierarbeit in der freiwilligen kommunalen Kooperation und kommunalen Planungskultur

2000



Damit war der PV Äußerer Wirtschaftsraum Vorreiter auf dem Feld der interkommunalen/regionalen Kooperation und Selbsthilfe

2010



Welche Herausforderungen kommen auf die Region zu?

- Kampf um Bürger, Unternehmen, Gewerbegebiete, Flächen und kommunale Einnahmen? Oder Solidarität im Sinne dezentraler Konzentration und vermehrter Stadt –Land Cluster Bildungen?
- FOC etc. Ausweisungen in ex(tra)urban Gemeinden versus Erhaltung der innenstädtischen Attraktivität -nachhaltiges Flächen- und Gebäudemanagement

- Standort-, Erschließungs- und Grund- und Boden (Landnutzungs)probleme von Negativ-, Bodenschätze- oder auch neuen Energieerzeugungs- oder Wassergewinnungseinrichtungen
- Erhaltung von Frei- und Erholungsräumen im Umland
- Bauliche und soziale Verdrängungs- und Konzentrationsprozesse in Ortskernen und stattdessen stillose und oft überdimensionierte Neubauten

- Erhaltung eines gewissen regionalen /lokalen bayerischen und wo noch vorhanden ländlichen Baustils
- Aufbau und Stabilisierung wirtschaftlicher und sonstiger regionaler Kreisläufe
- Zunehmende Verkehrsprobleme rund um München (Bsp. Ringschließungen) sowie Ausbau und bessere Verkehrserschließung des Flughafens strapazieren Solidarität der Gemeinden und der Region

- Überalterungs- und Singletendenzen und junge starke Erwerbspersonen einerseits sowie in Kleinkind bezogener Infrastruktur unversorgte junge Familien und Mütter andererseits strapazieren sozialen Kitt und Gemeindehaushalte.
- Besonders hohe Sozialkostenbelastungen der kommunalen Haushalte insbesondere im Ballungsraum
- Generelle Haushaltszwänge (oder lebt die Region auf der Insel der Seligen im Vergleich zu Restbayern oder gar (Hoch)Franken?) Oder kommt da noch was?

Besteht die Gefahr, dass die Region und hier besonders München immer mehr einerseits eine Region der Reichen, Besserverdienenden und Erfolgreichen wird und andererseits charakterisiert ist durch hohe Integrations- und diesbezügliche Standortprobleme ?

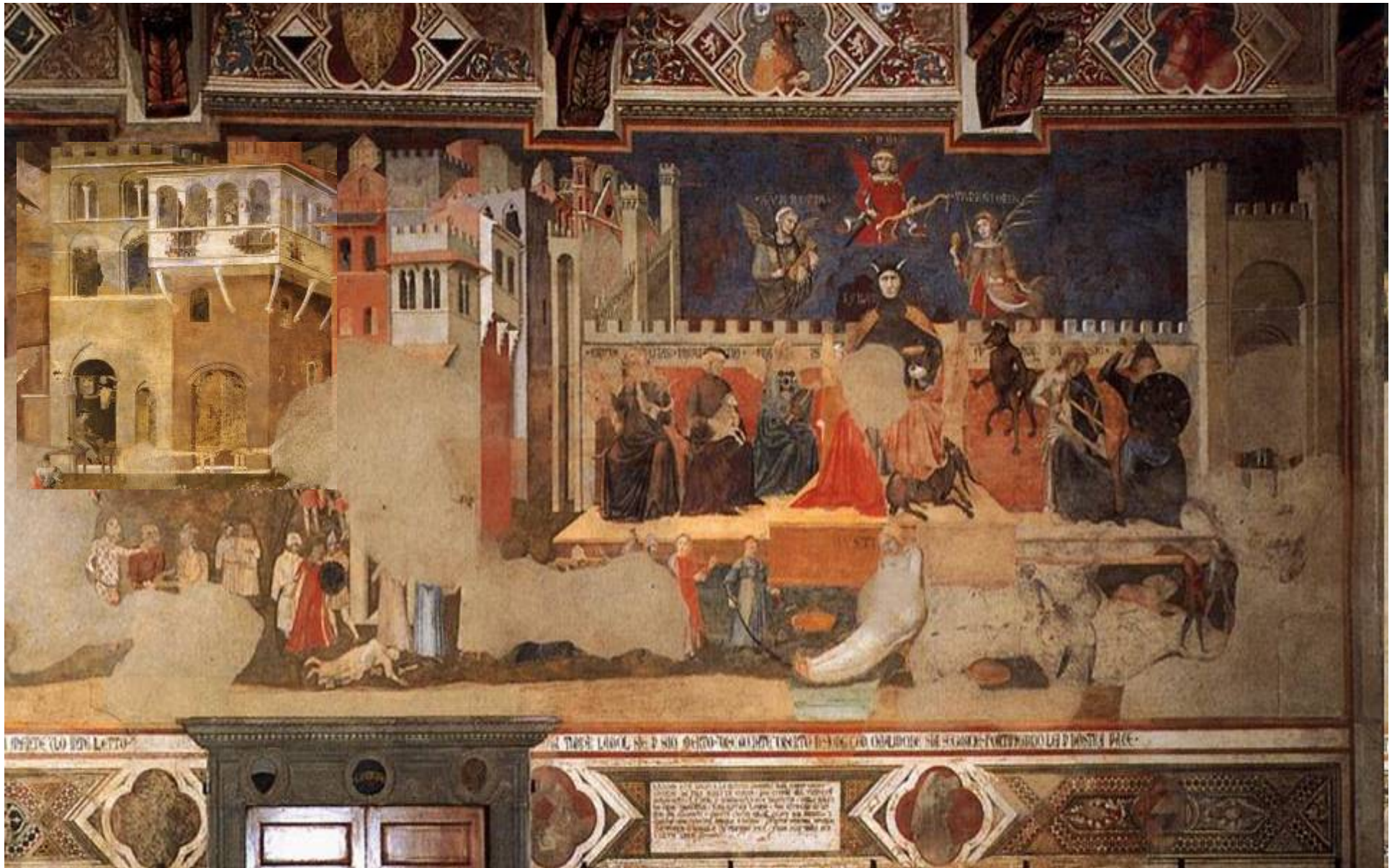
Wie hält die Metropolregion insgesamt dem Druck der Global Players und des Weltkapitals nach kurzfristigem Gewinnstreben stand?

- Denn: „Die menschliche Spezies ist deshalb so erfolgreich, weil sie ihre Handlungen kurzfristig optimiert. Jetzt haben wir ein globales Problem, weil dieses Konzept langfristig nicht trägt“ (Prof. Schellnhuber, Direktor des Potsdam Instituts für Klimaforschung)
- Gibt es ein Klimabündnis und Klimaschutzkonzept für die Region?

Die erfolgreiche Meisterung ist ein Nachweis
erfolgreicher Regionalplanung auf
kommunaler Ebene und in kommunaler
Selbstverantwortung

- Ist der PV überflüssig geworden durch die Regionalplanung oder wird er nun erst recht an die Wand gedrängt durch die Metropolregion München (EMM) oder auch städtische Grossunternehmen , die eigene Strukturen haben oder beschäftigen?
- Warum macht er z.B. nicht vergleichende Standortuntersuchungen für Windräder?
- Was ist noch das Alleinstellungsmerkmal des PV?
- Wird er künftig mehr gebraucht als Mahner, Konfliktlöser, Flächenmanager, Mediator oder gar als Garant von Regional Good Governance?

Lorenzetti hat auch gezeigt, was passiert ,
wenn die Stadt Land Partnerschaft nicht
funktioniert. Das heißt, wenn es kein Good
Government oder wie wir heute sagen müssen,
keine Good Governance gibt:



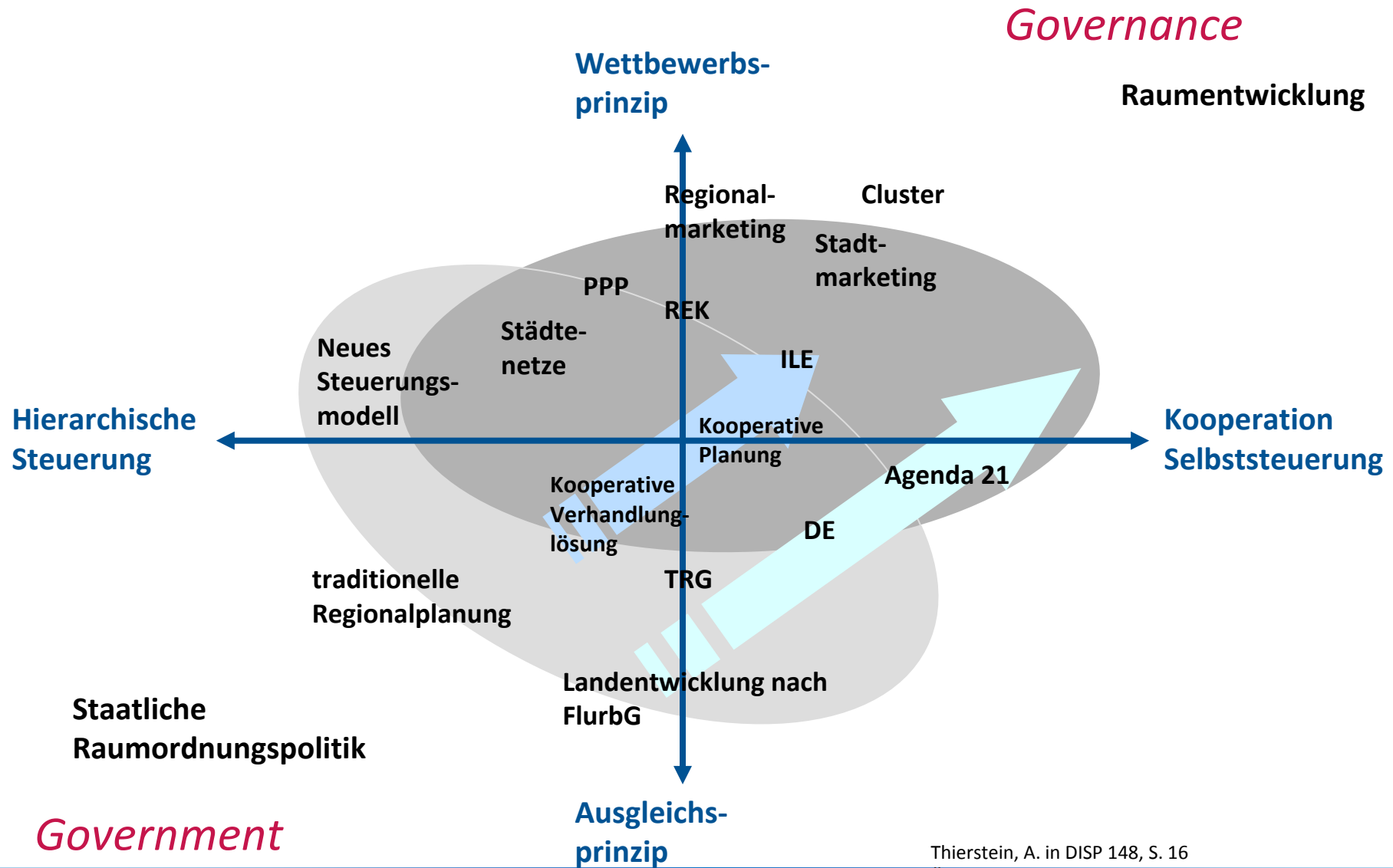
Ambrogio Lorenzetti. *Allegory of Bad Government: Effects of Bad Government in the City.*
1337-40. Fresco. Palazzo Pubblico, Siena, Italy.

Source: Web Gallery of Art:
<http://www.wga.hu/index.html>



Ambrogio Lorenzetti. *Allegory of Bad Government:
Effects of Bad Government in the Country.*
1337-40. Fresco. Palazzo Publico, Siena, Italy.

Source: Web Gallery of Art:
<http://www.wga.hu/index.html>



Thierstein, A. in DISP 148, S. 16

Überarbeitung Miosga 2003, Magel 2004, Franke 2008

Eine bekannte und viel zitierte Auslegung formulierten die **Vereinten Nationen** im Entwicklungsprogramm („Governance for sustainable human development“, UNDP 1997) über folgende Governance Prinzipien:

- **Leitbild** (strategic vision)
- **Beteiligung und Konsenssuche** (participation, consensus orientation)
- **Offenheit, Aufgeschlossenheit** (responsiveness)
- **Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit** (effectiveness and efficiency)
- **Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit** (accountability)
- **Transparenz** (transparency)
- **Gerechtigkeit**, Handel nach Rechtsgrundsätzen (equity, rule of law)

Auch die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (OECD) analysiert unter dem Governance-Blickwinkel Nationen oder etwa die spezifische Situation von städtischen oder ländlichen Räumen (siehe etwa OECD-Publikationen wie „Governance in China“ von 2005, **“Cities for Citizens – Improving Metropolitan Governance”** von **2001** oder „Das neue Paradigma für den ländlichen Raum. Politik und Governance“ von 2006).

Die Europäische Kommission hat in ihrem Weißbuch von 2001 über „Europäisches Regieren“ (in der englischen Fassung „European Governance“) **fünf** „Grundsätze des Guten Regierens“ formuliert, die für alle Ebenen, das heißt von der europäischen bis zur regionalen und lokalen und ebenso bis zur internationalen und globalen, Gültigkeit haben sollen:

1. Offenheit
2. Partizipation
- 3 Verantwortlichkeit
4. Effektivität
5. Kohärenz

In der Perspektive der **Politikwissenschaft** wird Governance für **neuere, komplexe Formen des politischen Steuerns und Regierens** verwendet, die auch **informelle, nicht-hierarchische, netzwerkartige und prozesshafte Strukturen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren beinhalten.**

....Schließlich kann man noch unterscheiden, ob governance mehr zur **Beschreibung** und **Analyse** oder mehr als **Vision**, **Reformkonzept** und **Maßstab** herangezogen wird (vgl. Analyse der governance-Konzepte von HILL 2006, S. 233f).
Tatsächlich gibt es „keine Lehrbuchdefinition“ (BENZ 2004, S. 12), sondern unzählige Definitionen. Ihnen gemeinsam ist, dass es um Strukturen, Prozesse und Mechanismen der Steuerung, Koordination und Kontrolle geht (siehe z.B. REICHARD 2002).

...Nach bisherigem Wissensstand entwickeln sich Governance-Muster in **Reaktion auf Probleme**, die mit den herkömmlichen Strukturen der Problembearbeitung nicht adäquat bewältigt werden können. Insbesondere gilt dies für Aufgaben und Herausforderungen, die „quer“ zur traditionellen institutionellen Arbeitsteilung der Akteure liegen und **weder über den Markt, noch in alleinstaatlicher Verantwortung** geregelt werden können oder sollen, oder für die traditionelle Institutionen nicht eintreten und **Selbsthilfe gefordert** ist (FÜRST / LAHNER / POLLERMANN 2005, S. 331).

Was bedeutet **Good Regional Governance**?

- Zunächst mal in klassischem Sinne Fürsorge um Mensch, Lebensqualität und Natur durch verantwortliches Handeln und Kooperation auf Augenhöhe zwischen Metropolstadt und allen umgebenden Städten und Kommunen...
- Aber auch Initiierung und a priori Einbeziehung neuer/alter informeller Gesprächs-, Diskussions-, Planungs-, Gestaltungs-, Streit- und Konfliktlösungsgremien und sonstiger Beteiligungsprozesse, wie sie aus vorbildlichen Stadt- und Dorferneuerungsprojekten, A 21 Gemeinden und auf klein-regionaler oder interkommunaler Ebene aus ILE Verfahren etc bekannt sind.

- Good Regional Governance zu praktizieren heißt also, eine **Verantwortungsgemeinschaft** aufzubauen und zu praktizieren, so dass Bürger und NRO mit den Vertretern der Gemeindeverwaltungen und –parlamente sowie den Wirtschaftsvertretern etc. gemeindeüberschreitend vorgenannte Herausforderungen und Aufgaben der Region gemeinsam diskutieren und lösen.
- Dazu braucht man **Regeln und Rahmen sowie professionelle Begleitungsstrukturen.**

Beispiel „Regional Governance“ am Beispiel des Integrierten Küstenzonenmanagements in Schleswig-Holstein



(aus: Prof. A. Matuschewski, Univ. Bayreuth, aus: Goldkronacher Gespräche zur Regional- und Kommunalentwicklung 2007)

....Bei der Umsetzung der Projekte im Küstenbereich hat sich gezeigt, dass die **klassischen Raumordnungsinstrumente (Pläne, Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren) bei der Lösung der Interessenkonflikte an ihre Grenzen stoßen.** Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren wurden durch Widersprüche und Klagen in die Länge gezogen, ohne effektiv zur Konfliktlösung beizutragen, und die Beschlüsse stießen vor Ort auf z.T. massiven Widerstand, so dass sich die Umsetzung von Baumaßnahmen erneut verzögerte.

Die Unzufriedenheit der lokalen Akteure mit der hoheitlichen Planung blieb, so dass auch von öffentlicher Seite erkannt wurde, dass für die zukünftige Akzeptanz und Umsetzung von Maßnahmen an der Küste andere Instrumente benötigt werden, die im Vorfeld von Entscheidungen die Information, Beteiligung und Konsensfindung vor Ort erleichtern.

Ziel ist es nicht, konkurrierende Planwerke zu den bestehenden formellen und informellen Plänen und Konzepten aufzustellen, sondern einen **Aushandlungsprozess** anzustoßen und zu institutionalisieren, um küstenbezogene Probleme und Entwicklungsvorhaben– ganz im Sinne von Governance - **frühzeitig unter den Betroffenen zu diskutieren und dabei zu einem Interessenausgleich zu kommen**

Der Aushandlungsprozess wird **somit an die regionale oder lokale Ebene übergeben** und ermöglicht es den Akteuren vor Ort, Interessenkonflikte selbst auszuloten, um anschließend „mit einer Stimme“ gegenüber der Landesregierung zu sprechen

Somit ist das verstärkte Auftreten von Governance-Ansätzen **nicht gleichbedeutend mit einem Wegfall von *Government*, denn die hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Hand behalten ihre Gültigkeit.**

Auch räumliche Gebietskörperschaften werden dadurch weder verändert noch abgeschafft.

Die formale Entscheidung über räumliche Entwicklungsprozesse bleibt bei den gewählten Vertretern in den Kommunen oder auf der Landesebene.

Die repräsentative Demokratie ist gut beraten, die Governance Idee und die Governance Prozesse und Möglichkeiten nicht nur hinzunehmen und zu berücksichtigen, sondern im Gegenteil **positiv anzunehmen und gewinnbringend zu nutzen.**

Gelingt das, dann kann man zurecht davon reden, dass man den globalen Leitbildern „Inclusive City“ und „Inclusive regional planning and development“ entsprochen hat.

Deshalb wurden in Bayern als Trainingswerkstätten für good regional and local governance die drei Schulen der Dorferneuerung und Landentwicklung gegründet.



Integrierte Ländliche Entwicklung Ampertal, Lkrs. Freising

Neue Strukturen und Prozesse zum Aufbau einer Verantwortungsgemeinschaft



War der Planungsverband schon einmal bei der SDL?....

- Handelt die Region bereits nach diesen Grundsätzen?
- Handelt der PV nach Grundsätzen des Good Regional Governance?
- Werden neben Kommunen auch alle übrigen „stakeholders“, also Zivilgesellschaft, NRO, Wirtschaft etc in regionale Entscheidungen einbezogen? Wenn nicht : Ist u.U. der Raum zu groß?
- Oder: Benutzen wir passgenau und situationsgerechte Beteiligungsstrukturen? Sind diese auf den jeweiligen Fall angepasst oder arbeitet man da nach Schema F?
- Welche Einrichtungen und Foren gibt es dafür? Wie nehmen sie die Bürger wahr bzw. wie kommen sie auf die Bürger zu?
- Verläuft das nach den Prinzipien von Good Governance ,also transparent, partizipativ, berechenbar und bzgl. Verantwortung und Entscheidung zuordenbar etc?

Was sagte OB Vogel 1968 nach ziemlichem Scheitern der *autogerechten Stadt*?

„Ich werde **nie wieder** einen Plan unterschreiben, der nicht vorher öffentlich diskutiert wurde“

Heute müssten all seine Nachfolger sagen:

„Ich werde nie wieder einen Plan unterschreiben, der nicht gemeinsam mit den Bürgern und allen Akteuren in der Stadt und ggfls. Region erarbeitet, beschlossen und mitgetragen wurde“.